

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 13-14 / September 2009

- 2 Besuch einer Delegation des mosambikanischen Parlaments
- 3 Stärkung von Kapazitäten durch Partnerschaft
- 5 Ausschussarbeit im mosambikanischen Parlament
Beitrag von Valgy Tricamegy, Leiter der Abteilung Ausschussbetreuung
- 6 AWEPA Mitgliederversammlung
- 7 Erkenntnisse über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit aus der DAC Peer Review
- 9 Kürzungen des EZA-Budgets
Gastbeitrag von Ruth Picker, AG Globale Verantwortung
- 10 Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit
- 12 Wahlen in Mosambik – die Sichtweise eines Abgeordneten
Beitrag von Abel Mabunda, Abgeordneter des mosambikanischen Parlaments
- 13 Delegationsreise des entwicklungspolitischen Unterausschusses nach Bhutan
Beitrag von Martin Wasserer, EU- und Internationaler Dienst des österreichischen Parlaments
- 15 FAIRTRADE® Ausstellung im Parlament am 20. Mai 2009

Im Rahmen der Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament besuchten die Abgeordneten Hon. Virginia Videira, Hon. Abel Mabunda, Hon. Angela Maria Manjate und Manuesse Macumbe vom Internationalen Dienst des österreichischen Parlament. Im Bild bei ihrem Arbeitstreffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Foto:
Alexander Zaforek

Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Partnerschaften werden real, wenn Menschen sich begegnen. Der Besuch der mosambikanischen Parlamentarierdelegation und der zweiwöchige Aufenthalt der mosambikanischen Mitarbeiter im österreichischen Parlament haben viel zum Verständnis der aktuellen Probleme beigetragen, mit denen das Parlament in Mosambik zu kämpfen hat.

Einerseits erschwert die mangelhafte technische Ausstattung die tägliche Arbeit der MitarbeiterInnen. Dr. João Chuaio und Domingos Nguele waren daher vor allem von den Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung und Gesetzgebung in Österreich beeindruckt. Andererseits ist die Budgetkontrolle einer sehr starken Regierung für die Vorsitzende des Budgetausschusses, Abgeordnete Virginia Videira, und ihren oppositionellen Stellvertreter, Abgeordneten Abel Mabunda, eine große Herausforderung.

Dies alles ist auch den österreichischen Abgeordneten und ParlamentsmitarbeiterInnen nicht fremd. Im österreichischen Parlament werden erst seit ca. zehn Jahren elektronische Systeme der Gesetzgebung und Verwaltung angewandt, und auch die Kontrolle des Budgets ist eine Herausforderung. Der Parlamentarische Nord-Süd-Dialog fördert auch die Arbeit von AWEPA. Mit 64 Abgeordneten aus den verschiedenen Parteien und einer lebendigen Mitgliederversammlung macht die österreichische Sektion große Fortschritte und gehört zu den aktivsten in Europa. Herzlichen Dank an alle Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlamentes, die den Delegationsbesuch und das Trainingsprogramm ermöglichten und die Arbeit von AWEPA unterstützen.

Besuch einer Delegation des mosambikanischen Parlaments

Das Projekt Parlamentarischer Nord-Süd Dialog befindet sich nunmehr im dritten Jahr der Durchführung. Ein wichtiger Aspekt ist die **Intensivierung der Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament**. Durch Delegationsbesuche sollen persönliche Kontakte geknüpft und gepflegt werden können, die viel zum gegenseitigen Verständnis der gemeinsamen Herausforderungen beitragen. **Zahlreiche Aspekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bedürfen der Einbindung der jeweiligen nationalen Parlamente, um eine breite Akzeptanz und eine entsprechende Transparenz und somit Effektivität zu gewährleisten**. Durch ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen kann wesentlich zur Schaffung dieser Voraussetzungen beigetragen werden.

Nachdem eine österreichische Delegation der entwicklungspolitischen SprecherInnen und VertreterInnen des BMeiA, der ADA und des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog im Oktober 2007 nach Mosambik reiste, folgten nun drei mosambikanische ParlamentarierInnen der Einladung von Nationalratspräsidentin Prammer.

Vom 23. bis zum 26. Juni 2009 besuchte eine Delegation des Partnerparlamentes aus Mosambik das Österreichische Parlament. **Die Abgeordneten Hon.**

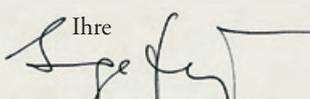
Virginia Videira, Vorsitzende des Budgetausschusses, Hon. Abel Mabunda, Hon. Angela Maria Manjate und die Kontaktperson im Nord-Süd Dialog Projekt Manuesse Mocumbi vom Internationalen Dienst trafen zu Beginn ihrer Visite mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zusammen, um u. a. die bisherigen Aktivitäten und Erfolge sowie die zukünftigen Schritte im Rahmen des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog zu besprechen. **Die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene wurde von beiden Seiten als aufschlussreich und lohnend bezeichnet**. Von mosambikanischer Seite besonders hervorgehoben wurde das Mitarbeitertraining. Die Kollegen João Chuaio und Domingos Nguele haben sehr positiv über ihren Aufenthalt und Österreich berichtet und wären mit vielen Anregungen nach Mosambik zurückgekehrt.

Neben einer Führung durch das Österreichische Parlament waren die weiteren Programmpunkte des 4-tägigen Besuchs ein **Zusammentreffen mit VertreterInnen des entwicklungspolitischen Unterausschusses** des österreichischen Parlaments, sowie die **Teilnahme am Seminar „Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“** am 24. Juni im Parlament, in dem Hon. Videira die Struktur der EZA in Mosambik in Bezug auf die Veränderungen seit der Pariser Erklärung

Die mosambikanischen Abgeordneten stehen in der Demokratiewerkstatt den engagierten Jugendlichen Rede und Antwort.

Foto:
Alexander Zaforek



Ihre

NR a. D. Inge Jäger

über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vorstellte.

Zudem besuchten die mosambikanischen Abgeordneten die **Demokratiewerkstatt**, in der sie von Kindern und Jugendlichen zu Details des politischen Systems und der gesellschaftlichen und sozialen Struktur in Mosambik befragt wurden. An einem abschließenden **Arbeitsgespräch mit der ADA** unter dem Vorsitz der ADA-Geschäftsführerin

Brigitte Öppinger-Walchshofer nahmen auch VertreterInnen des Außenministeriums, der Referate Afrika sowie Qualitätssicherung und Evaluierung, VIDC und der ÖFSE teil. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Rolle der nationalen Parlamente bei Budgetplanung und dem Budgetvollzug, da Mosambik das erste Land ist, in dem die OEZA (Österreichische Entwicklungszusammenarbeit) seit 2008 das Instrument der generellen Budgethilfe einsetzt. Im

März 2009 unterzeichnete die OEZA auch das diesbezüglich neue Memorandum of Understanding 2009–2014 zwischen der Regierung Mosambiks und den anderen Gebern. Die Delegationsleiterin, Abgeordnete Videira, bezeichnete das Engagement der OEZA als positiv für Mosambik, vor allem durch das neue Instrument der generellen Budgethilfe, aber auch durch die Impulse, die durch die parlamentarische Partnerschaft entstehen.

Stärkung von Kapazitäten durch Partnerschaft

Zwei Mitarbeiter des mosambikanischen Parlaments nahmen an einem 14-tägigen Training im österreichischen Parlament teil.

Im Rahmen des Projekts Parlamentarischer Nord-Süd Dialog besuchten vom 25. Mai bis zum **6. Juni Dr. João Chuaio**, Mitarbeiter im Sozial-, Gender- und Umweltausschuss, und **Domingos Nguele**, Mitarbeiter im Bereich Redaktion von Berichten und Archiv, das österreichische Parlament. Grund des Besuchs war ein **zweiwöchiges Training zur Stärkung der Kapazitäten der beiden Mitarbeiter des mosambikanischen Parlaments** in unterschiedlichen Bereichen.

In den **einzelnen Einheiten des Trainings** wurden die **Strukturen, Aufgaben und Arbeitsfelder des österreichischen Parlaments** dargelegt, wobei der Fokus auf den Themenbereichen **Parlamentarisches System in Österreich, Plenums-**

und Ausschussarbeit, Bücherei und Archiv, E-Government, Gesetzgebungsverfahren, sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit lag.

Neben den offiziellen Trainingsbereichen konnten Dr. Chuaio und Herr Nguele aber auch Einblicke in die demokratiepolitischen Abläufe im Parlament und die darin involvierten Abteilungen und Institutionen gewinnen. Für die KollegInnen aus dem österreichischen Parlament war der Erfahrungsaustausch von besonderem Interesse, und es ergaben sich einige angeregte Gespräche über die Arbeitskultur und das Selbstverständnis parlamentarischer Arbeit. Das Training war so angesetzt, dass die **beiden Kollegen aus Mosambik von Mitarbeiter-**

Innen aus verschiedenen Abteilungen betreut und in die jeweiligen Inhalte eingeführt wurden. Zudem besuchten sie u. a. den ÖVP Klub und den Klub der Grünen im Parlament, die Demokratiewerkstatt, die Österreichische Nationalbibliothek, die ORF-Kabine im Parlament, die zuständige E-Law Abteilung des Bundeskanzleramtes sowie das Renner-Institut. Des Weiteren trafen Dr. Chuaio und Herr Nguele mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und der AWEPa Sektion im Österreichischen Parlament zusammen. Die beiden Mitarbeiter empfanden das Programm äußerst intensiv und **sowohl auf persönlicher Ebene als auch im Hinblick auf ihre Arbeitsbereiche als gewinnbringend.** Sie kamen mit vielen



Dr. João Chuaio und Domingos Nguele mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und mit Vertretern des ÖVP-Klubs.

Fotos:
Alexander Zaforek

Erwartungen nach Österreich und diese wurden laut ihrem Abschlussresümee vollständig erfüllt. Letztendlich war die Zeit zu knapp, um alle von mosambikanischer Seite gewünschten Bereiche und Abteilungen im Detail kennen zu lernen. Für ein nächstes Training wäre daher ihrerseits eine zusätzliche Woche wünschenswert, in der man sich praktisch mit den theoretischen Inhalten auseinandersetzen kann.

Besonderes Interesse bei den beiden Trainees weckte das **E-Law System**. Jedoch stellte sich ihnen bereits während des Trainings die Frage, wie die zahlreichen Informationen und die verschiedenen Systeme oder Systembausteine im mosambikanischen Parlament implementiert werden könnten. Für den Ankauf und den Einsatz sei zunächst ein entsprechender Beschluss seitens der politischen AkteurInnen notwendig, den sie wenig bis gar nicht beeinflussen können. Sie werden dem Parlament einen Bericht über ihr Training vorlegen und über die Vorteile elektronischer Systeme und anderer Aspekte berichten, sie sind jedoch nicht die EntscheidungsträgerInnen, die derartige Veränderungen beschließen. **In einem Beschluss und in der damit verbundenen Notwendigkeit ein Budget bereit zu stellen sahen beide Mitarbeiter eines der größten Hindernisse im Hinblick auf die praktische Umsetzung von einzelnen Bereichen des Trainings.**

Ein weiteres großes Hemmnis ist das **Fehlen der technischen Infrastruktur**, denn die meisten Systeme seien computerbasiert, und im mosambikanischen Parlament fehlt es sowohl den Abgeordneten als auch den MitarbeiterInnen an der notwendigen technischen Ausstattung. Damit sind nicht nur Computer

und zuverlässige Internetverbindungen gemeint, sondern teils fehlen auch Telefon- und Faxanschlüsse.

Beeindruckt zeigten sich die beiden Mitarbeiter von der **Transparenz**, die im österreichischen Parlament durch verschiedene Abläufe und Einrichtungen, wie dem öffentlichen Zugang zu den Plenarsitzungen oder den Fernsehübertragungen derselben gegeben ist, aber auch von den Bemühungen der breiten **politischen Bildung** und Informationsverbreitung seitens des österreichischen Parlaments, etwa durch die Einrichtung der Demokratiewerkstatt oder eine eigene Website.

Dr. Schefbeck, Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes in der Parlamentsdirektion, sieht das Fehlen der technischen Ausstattung auch als ein anfängliches Hindernis an, betont jedoch gleichzeitig, dass darin auch eine Chance zu sehen sei. Man könne so nämlich den EntscheidungsträgerInnen ein **komplettes System präsentieren, das maßgeschneidert auf die Bedürfnisse adaptiert und implementiert werden könnte**. Dr. Schefbeck weist explizit darauf hin, dass es die parlamentarische Administration sei, die Vorschläge ausarbeitet und vorlegt. In diesem Sinne können die zwei Mitarbeiter mit ihren KollegInnen durchaus den Vorteil einer breiten Information und der Erfahrung aus dem Training nutzen und einen entsprechenden Vorschlag konzipieren. Zudem könne man sich beim Aufbau eines elektronischen Systems zur Unterstützung des Gesetzgebungsverfahrens an den im Rahmen der **UNDESA-Programme für Afrika** bereits entwickelten Standards orientieren. Das Finden von Argumenten für die Vorteile der Implementierung und des Gebrauchs sollte

durch die zwei Trainingswochen erleichtert worden sein. Es sei nicht nur eine Arbeitserleichterung für die Abgeordneten und die parlamentarischen Dienste, sondern mittel- und langfristig auch eine Reduktion der laufenden Kosten zu erwarten.

Bei einem Farewell-Meeting im Parlament resümierten alle Beteiligten, dass das Training sehr gut vorbereitet und organisiert war und es keine Schwierigkeiten im Ablauf gab. Für die BeamtInnen auf österreichischer Seite war die **Reflexion und Auseinandersetzung mit den Grundlagen ihrer eigenen Arbeit eine bereichernde Erfahrung**, die sehr wertgeschätzt wurde. Auch der persönliche Kontakt mit Kollegen aus einem anderen Land wurde als bereichernd empfunden.

Abschließend wurden noch Themen und Aufgabengebiete erörtert, in denen sich die Mitarbeiter eine Kooperation mit dem österreichischen Parlament und dessen Abteilungen wünschen, u. a. bei den Kostenvoranschlägen für den Ankauf und die Implementierung eines computerisierten administrativen Systems für das mosambikanische Parlament, bei der Unterstützung durch ExpertInnen in Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung, oder bei der Einschulung und kontinuierlichen Weiterbildung der Verantwortlichen.

Ein zweites Training von zwei weiblichen Mitarbeiterinnen des mosambikanischen Parlaments wird von 9. bis 20. November stattfinden. Teilnehmerinnen werden Frau Habiba Chitumia, Leiterin der Abteilung Legislativer Dienst, und Frau Isabel Aires de Nascimento, Mitarbeiterin der IT-Abteilung, sein.



Dr. João Chuaió und Domingos Nguele bei der Führung durch das österreichische Parlament und mit VertreterInnen des Bundeskanzleramtes.

Ausschussarbeit im mosambikanischen Parlament

Beitrag von Valgy Tricamegy, Leiter der Abteilung Ausschussbetreuung

Struktur der Abteilung Ausschussbetreuung

Die Abteilung Ausschussbetreuung ist eine autonome Einheit, die dem Generalsekretär des Parlaments untergeordnet ist und damit beauftragt ist, fachliche, administrative und bürokratische Unterstützung zu leisten und die ordnungsgemäße Leistung der Parlamentsausschüsse sicherzustellen. Ab 2010 wird die Abteilung der Legislativen Generaldirektion untergeordnet, wobei sie dennoch die früheren Zuständigkeiten behält.

Diese Abteilung hat eine spezifische Struktur (a), gemäß ihren spezifischen Zuständigkeiten (b), was dazu führt, dass sie ein ausgebildetes Personal haben wird, das der Nachfrage nach fachlich-administrativer Unterstützung entsprechen wird können (c).

a) Struktur der Abteilung

Die Unterstützungsabteilung der Ausschüsse besteht aus einem **Abteilungsleiter**, ernannt durch den Parlamentspräsidenten auf Vorschlag des Generalsekretärs, aus **Ausschusssekretären**, ernannt durch Delegation, aus dem **Generalsekretär** des Parlaments, der die Arbeit des Ausschusssekretariats koordiniert, und aus den legislativen Fachkräften, die verschiedene Tätigkeiten im Bereich der fachlichen Unterstützung des Ausschusses ausüben, abgesehen vom administrativen Unterstützungspersonal der Abteilung.

b) Zuständigkeiten

Die Abteilung übt folgende Zuständigkeiten aus:

- Sie stellt die Gesamtheit der Tätigkeiten in Bezug auf das Funktionieren der Ausschüsse sicher;
- Sie leistet fachlich-administrative Un-

terstützung und stellt die für das reguläre Funktionieren der Ausschüsse benötigten Humanressourcen zur Verfügung;

- Sie organisiert die Logistik für die Tätigkeit der Ausschüsse, sowohl im internen Bereich als auch während Reisen;
- Sie stellt die Ausarbeitung von Sitzungsprotokollen der Ausschüsse sowie die Vorbereitung von anderen parlamentarischen Texten sicher.

c) Personal

Das Personal der Abteilung ist hinsichtlich der Berufsausbildung heterogen. Es assistiert acht spezialisierten Ausschüssen, den ad hoc-Ausschüssen und Untersuchungsausschüssen, falls diese ins Leben gerufen werden. Jeder Ausschuss besitzt Personal im Ausmaß von **mindestens zwei und höchstens drei legislativen Fachkräften, unter Koordination des Ausschusssekretärs**.

Rolle und Funktionsweise der Ausschüsse

Das Parlament ist in Plenum, im Ständigen Ausschuss und in Arbeitsausschüssen organisiert.

Das **Plenum** ist die Versammlung der **250 Abgeordneten** und ist das Organ, das die Gesetze der Republik Mosambik verabschiedet. Der **Ständige Ausschuss** des Parlaments gilt als Hauptausschuss und versammelt sich außerhalb der Plenarsitzungen, am Ende der Legislaturperiode oder im Falle der Parlamentsauflösung. Die **Arbeitsausschüsse** werden durch das Plenum gewählt, werden durch die Satzung begründet und laufen während der Legislaturperiode.

Jeder Ausschuss setzt sich aus **mindestens fünf und höchstens 15 Abgeordneten** zusammen, ernannt durch die

Parlamentsfraktionen, gemäß dem **Prinzip der parlamentarischen Repräsentativität**. Die Mehrheitsfraktion wählt die Ausschüsse, die sie leiten möchte, nach Repräsentativität, wobei die restlichen Ausschüsse für die anderen Fraktionen übrig bleiben. Der Ausschuss wird von einem **Präsidenten** geleitet, unterstützt durch einen **Referenten**, die nicht beide derselben Parlamentsfraktion angehören dürfen. Die Mitglieder der Ausschüsse wechseln kraft Mandatsniederlegung, Verhinderung oder Tod.

Mit der Approbation der neuen Satzung (2007) besitzt das Parlament folgende spezialisierte Ausschüsse, abgesehen vom Ständigen Ausschuss (die Bezeichnung der Ausschüsse entspricht ihren Zuständigkeitsbereichen):

- Ausschuss für konstitutionelle Fragen, Menschenrechte und Legalität;
- Ausschuss für Planung und Haushalt;
- Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Geschlechter- und Umweltfragen;
- Ausschuss für öffentliche Verwaltung, lokale Macht und soziale Kommunikation;
- Ausschuss für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, wirtschaftliche Tätigkeiten und Dienstleistungen;
- Ausschuss für Verteidigung und öffentliche Ordnung;
- Ausschuss für Petitionen.

Die Satzung des Parlaments ermöglicht die Einrichtung von **Untersuchungs- und ad hoc-Ausschüssen** für die Behandlung von spezifischen Fragen, die nicht in die Zuständigkeiten der spezialisierten Ausschüsse fallen.

Gemäß ihren **Zuständigkeiten** erstellen die Ausschüsse Gesetzes-, Resolutions- und Antragsentwürfe und legen diese zur Approbation vor; sie äußern sich zu Gesetzes-, Resolutions- und

Antragsentwürfen und -vorlagen über Themen ihres Bereichs, die von anderen Stellen mit Gesetzesinitiative stammen; sie erstellen Gutachten, Studien und Untersuchungen zu Themen ihres Arbeitsbereichs; sie gewährleisten die Kontrollfunktion des Parlaments hinsichtlich der Tätigkeiten der Institutionen, indem sie die Achtung des Gesetzes und des öffentlichen Interesses überprüfen, und sie approbieren die Informationen und Berichte, die dem Parlamentspräsidenten übersandt werden.

Der Ausschusspräsident und -referent schlagen die zu diskutierenden Punkte zur Beschlussfassung durch den Aus-

schuss vor, und zwar nach Erhalt der Bewilligung des Parlamentspräsidenten, der sie an die jeweiligen Ausschüsse verweist. Der Ausschusspräsident leitet die Arbeiten mit Unterstützung des Referenten. Die **Arbeitsergebnisse der Ausschüsse** werden dem **Parlamentspräsidenten** für die nachfolgende Debatte durch das Parlamentsplenum **übersandt**.

Da nicht alle Abgeordneten Mitglieder der Ausschüsse sind, ist es diesen hinsichtlich der Frage der **Distriktbesuche** nicht erlaubt, gleichzeitig Besuche durchzuführen. Daher werden die Distriktbesuche im Rahmen der Aufsichtsarbeit der Regierungstätigkeiten ge-

macht, in Mission der Ausschüsse und im Kontakt mit der Wählerschaft, unter Leitung der Parlamentsfraktionen.

Was die **Treffen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft** betrifft, so finden diese statt, wenn es nötig ist, Beiträge zu Gesetzgebungsentwürfen und -vorlagen anzuhören und entgegenzunehmen. Beispiele: Gesetz gegen häusliche Gewalt an Frauen, Familiengesetz, Arbeitsgesetz, Verbraucherschutzgesetz, Kinderschutzgesetz, Gesetz gegen Menschenhandel, insbesondere Frauen- und Kinderhandel, oder Sozialschutzgesetz.

2. AWEPA-Mitgliederversammlung am 4. Juni 2009 im Parlament

Am 4. Juni 2009 traf sich die österreichische Sektion von AWEPA unter dem Vorsitz von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zu ihrer 2. Mitgliederversammlung im Parlament. Neben der Präsidentin und zahlreichen Abgeordneten nahmen auch die beiden mosambikanischen Parlamentsmitarbeiter Dr. João Nabote Chuaio und Domingos

Simba Nguete teil, die im Rahmen des Projekts „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ ein zweiwöchiges Mitarbeitertraining im österreichischen Parlament absolvierten.

Präsidentin Prammer eröffnete die Mitgliederversammlung und begrüßte alle Teilnehmer herzlich. Inge Jäger,

AWEPA Council Member berichtete danach über die zahlreichen Projektaktivitäten des „Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs“ und verwies u. a. auf die erfreuliche Tatsache, dass die Zahl der AWEPA-Mitglieder von 39 bei der letzten Mitgliederversammlung auf zu diesem Zeitpunkt 64 angestiegen ist. Beim AWEPA Council Meeting, das vom 8. bis zum 9. Mai 2009 in Amsterdam stattfand, wurde die Sektion Österreich durch die Abgeordnete Heidrun Silhavy vertreten, die ausführlich über ihre Erfahrungen während des zweitägigen Meetings berichtete.

Anschließend stellten sich die beiden Mitarbeiter des mosambikanischen Parlaments vor und berichteten über ihre Erfahrungen im Rahmen des zweiwöchigen Trainings im österreichischen Parlament. Dr. Chuaio und Herr Nguete verwiesen auf die Fülle an Informationen, die sie während dieser zwei Wochen sammeln konnten und



Eröffnung der AWEPA Mitgliederversammlung durch die Vorsitzende Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Foto:
Alexander Zaforek



Abb. rechts:
Dr. João Chuaio,
Mitarbeiter des
mosambikanischen
Parlaments

Abb. rechts außen:
Die AWEPA Mitglie-
der, Abgeordnete
zum NR Judith
Schwentner und Ab-
geordneter zum BR
Stefan Zangerl

Fotos:
Alexander Zaforek

hoffen diese in Mosambik umsetzen zu können. Präsidentin Prammer bedankte sich bei der ganzen Parlamentsdirektion, den Parlamentsklubs der ÖVP und der Grünen sowie der Nationalbibliothek und dem Bundeskanzleramt für die außerordentlich gute Zusammenarbeit während des gesamten Trainings.

Zur AWEPA-Vorsitzenden wurde erneut Präsidentin Prammer gewählt, ihre StellvertreterInnen sind der 2. Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, der an die Stelle von Außenminister Michael Spindelegger tritt, und die Nationalratsabgeordnete Eva Glawischnig-Piesczek. Abgeordnete Heidrun Silhavy

zeigte sich erfreut, dass in Österreich hochrangige politische AkteurInnen für diese Ämter zur Verfügung stehen, da dies die Bedeutung der Thematik in Österreich zum Ausdruck bringe.

Erkenntnisse über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit aus der DAC Peer Review

Der OECD-Entwicklungshilfesausschuss (Development Assistance Committee, DAC) erstellt alle 4 Jahre einen Bericht über die Entwicklungspolitik und die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit seiner Mitgliedsländer. Im aktuellen Bericht wurde auch die Arbeit des Parlaments in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit analysiert.

Das Ziel der Peer Review ist es, durch eine **verstärkte Koordination und Qualitätssicherung** die EZA der OECD-Länder noch effizienter zu gestalten. Die Prüfung Österreichs begann im November 2008 und wurde von einem Team aus Norwegen und Luxemburg durchgeführt. Am 29. April 2009 wurde der Bericht mit VertreterInnen der OEZA in Paris besprochen und im Mai veröffentlicht. Bei der **öffentlichen Präsentation der DAC Peer Review am 6. Juli 2009** in Wien betonte Eckhard Deutscher, Vorsitzender des DAC, die

Verbindlichkeit dieser Berichte und die **Notwendigkeit, die Erkenntnisse öffentlich zu diskutieren** und die **jeweiligen Empfehlungen entsprechend umzusetzen**, um den Anschluss an internationale Standards nicht zu verlieren.

Der Bericht hebt die Konzentration der OEZA (Österreichische Entwicklungszusammenarbeit) auf einzelne Länder sowie auf die ausgewählten Themen Frieden und Sicherheit, Umweltschutz und insbesondere das Bekenntnis zur Armutsverringerung, positiv hervor.

Deutscher lobte zudem das Bekenntnis zur **Politikkohärenz (Policy Coherence for Development, PCD)**, betonte aber, dass diesbezüglich Verbesserungen notwendig seien. **Die verlautbarten Absichten müssen durch konkrete Ziele und einen Zeitrahmen genauer definiert werden und somit verbindlich gemacht werden.** Es wurde in den vergangenen Jahren bei PolitikerInnen und BeamtInnen eine Steigerung des Bewusstseins für PCD erreicht. Dies sei u. a. auf Veranstaltungen zum Thema Kohärenz im Parlament zurückzuführen – zwei davon

wurden vom Parlamentarischen Nord-Süd Dialog im Herbst 2007 und Frühjahr 2008 initiiert und durchgeführt.

Entwicklungszusammenarbeit allein macht noch keine gute Entwicklungspolitik aus. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig das Engagement aller Ministerien für PCD weiter zu erhöhen. Jedes Ressort habe Möglichkeiten, Österreich bei der Erreichung seiner internationalen Verpflichtungen voranzubringen. **Es braucht einen institutionellen Rahmen und mehr Kapazitäten für PCD, sowie ein Mandat für Monitoring, Analyse und Berichterstattung.**

Ein Manko der österreichischen EZA ist der hohe Anteil an Schuldenerlassen innerhalb der ODA und der dadurch im internationalen Vergleich sehr geringe Teil an gestaltbaren Mitteln. Schuldenerlässe, die ja vom Pariser Club abhängig und somit nicht planbar sind, sind kein probates Mittel, um die internationalen Verpflichtungen von 0,51 % bzw. 0,7 % ODA des BNE zu erreichen. **Die zentrale Empfehlung der Peer Review ist deshalb die Aufstockung der finanziellen Mittel.** Nur dann kann Österreich seine EZA nicht nur verwalten, sondern aktiv nach festgelegten Kriterien und Zielen gestalten und deren Wirksamkeit zu erhöhen. Derzeit fehlen rund 500-800 Mio. Euro zur Zielerreichung.

Die organisatorische Reform der OEZA durch die Gründung der ADA wurde grundsätzlich positiv hervorgehoben. Die ADA ist gut etabliert und konnte

im operationalen Bereich zur Verbesserung der Abwicklung von Projekten und Programmen beitragen. Das Gesamtbudget der ADA muss jedoch aufgestockt werden, und es muss noch mehr auf programmatische Ansätze gesetzt werden, um dadurch die Bedeutsamkeit in den Partnerländern steigern zu können. Prinzipiell ist die Fokussierung auf 15 Länder und jeweils 2 bis 3 Sektoren zu begrüßen.

In einigen strategischen Punkten besteht jedoch der Bedarf an einer klareren Kompetenzzuweisung und -aufteilung. Dies bezieht sich vor allem auf die mittel- bis langfristige Ausrichtung und Koordination der OEZA, deren Mandat beim BMeiA liegt, das dieses aber aufgrund zu geringer personeller Kapazitäten nicht ausführen kann. **Notwendig wäre die Entwicklung eines ressortübergreifenden und partizipativ erarbeiteten White Papers (Weißbuchs), das auf die gesamte österreichische EZA anwendbar ist und somit ein klares Profil der OEZA zeichnet.**

Im wesentlichen sieht die Peer Review fünf Herausforderungen für die OEZA, die in den nächsten Jahren angegangen werden sollten:

- 1) Mittel- und langfristige Entwicklungsstrategie, mit Kohärenz zwischen den acht beteiligten Ministerien und anderen Politikbereichen (interne und externe Kohärenz)
- 2) Nachprüfbarer ODA Wachstumspfad mit substanziellen Erhöhungen, insbesondere der gestaltbaren EZA und der Länderprogramme

- 3) Österreich soll die Unterstützung durch das Parlament stärken
- 4) Institutionelle Notwendigkeit, die zuständige Abteilung im BMeiA (Sektion VII) zu stärken
- 5) Ausbau der (multilateralen) Humanitären Hilfe

In Bezug auf den dritten Punkt stellt der Bericht fest, dass es generell wenige Debatten zum Thema EZA im Parlament außerhalb des entwicklungspolitischen Unterausschusses gibt und Entwicklungspolitik nur selten auf der Agenda bei Plenarsitzungen steht. Zudem ist die ODA kein zentrales Thema der Budgetdebatte und Kritik am zu geringen Budget findet keinen realpolitischen Niederschlag. **Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen dem BMeiA und dem Parlament könnte dazu führen, dass EZA vermehrt in den politischen Diskurs Einzug hält und somit an Gewicht gewinnt.** Ein Thema, das sowohl in der Präsentation als auch in der Diskussion mehrmals aufgegriffen wurde, ist die Tatsache, dass sich der hohe Grad der Unterstützung der EZA von Seiten der österreichischen Bevölkerung nicht im politischen Willen niederschlägt – dieser sei lediglich schwach positiv. Im Bericht wird betont, dass die ParlamentarierInnen in dieser Hinsicht gefordert sind, indem sie der österreichischen Öffentlichkeit die Thematik der EZA abseits von Populismus reflektiert und intensiver näher bringt.

Der vollständige Bericht ist unter www.oecd.org/dac/peerreviews/austria abrufbar.



OECD Journal on Development
Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2009
Development Co-operation Report 2009 Volume 10 Issue 1

Der Jahresbericht des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) ist ein umfassendes Dokument für Statistiken und Analysen zu den jüngsten Trends in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In seinem ersten Bericht als DAC-Vorsitzender berichtet Eckhard Deutscher über das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra und über die Notwendigkeit, unsere Anstrengungen zu verstärken, um die Entwicklungszusammenarbeit für die Entwicklungsländer zu verbessern.

Nach dem Budget ist vor dem Budget oder: Warum wir uns nicht leisten können, nichts für Entwicklungspolitik zu leisten

Gastbeitrag von Ruth Picker, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung

Im Mai 2009 wurde das Doppelbudget 2009/10 beschlossen, und mit ihm auch das neue Haushaltsrecht, das bis 2013 die maßgeblichen Eckpunkte für die in fünf Rubriken zusammengefassten Ressorts festlegt. Damit sind die wesentlichen Prioritätensetzungen der Regierung Faymann/Pröll für die nächsten Jahre offen gelegt. Internationale Armutsbekämpfung und faire Beiträge zu globalem Frieden und Stabilität zählen offensichtlich nicht dazu – dies spiegeln die beschlossenen Budgetzahlen deutlich wieder. Einmal mehr wurde verabsäumt, die dringend benötigten und mehrfach zugesagten Erhöhungen der Mittel für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele einzuplanen. Damit wird Österreich das gemeinsam vereinbarte EU-Ziel für das Jahr 2010 drastisch verfehlen. Schätzungen gehen von etwa 0,33% aus, anstelle der zugesagten 0,51% des Bruttonationaleinkommens (BNE). Zieht man den Anteil der „aufgeblähten“ Hilfe ab, der in Österreich gerade im Prüfbericht der OECD deutlich gerügt wurde (mehr als die Hälfte der Beiträge besteht aus Entschuldungen & Co – „an unprecedented situation for any DAC member“¹⁾), liegt Österreich noch schlechter: der aktuelle Aid Watch Report errechnete magere 0,20% an realer Hilfe für das Jahr 2008²⁾. Österreich liegt damit gerade noch vor Italien und Griechenland im Vergleich der EU-15. Das ist eine Schande für ein Land, das zu den reichsten Staaten der Erde gehört.

Und auch für das Jahr 2015, in dem die mittlerweile bereits legendären (und seit den 1970er Jahren mehr als 20mal ver-

sprochenen!) 0,7% beigetragen werden sollen, schaut es schlecht aus: Denn im aktuell beschlossenen Budget und in der dazu gehörigen Vorausplanung finden sich keinerlei Steigerungen der Mittel wieder. Ganz im Gegenteil: Das Budget für die bilaterale, gestaltbare EZA wurde gerade um rund 2 Mio. EUR gekürzt (die Austrian Development Agency/ADA erhält 2009 für konkrete Projekte und Programme nur mehr rund 82 Mio. EUR) – auch wenn dies auf den ersten Blick durch die Ansiedelung des Auslandskatastrophenfonds bei der ADA anders aussieht.

Österreich schaltet damit bei der Entwicklungszusammenarbeit „vom Schnecken-tempo in den Rückwärtsgang“, wie eine Mitgliedsorganisation der AG Globale Verantwortung anlässlich des Budgets treffend feststellte.

Zur Erinnerung: Schon die letzte Regierung machte sich auf die Suche nach billigen Lösungen, Österreichs internationale Versprechen einzuhalten. Die Arbeitsgruppe unter den damaligen Staatssekretären Winkler und Matznetter hatte den Auftrag, zusätzliche anrechenbare Leistungen von Ländern und Gemeinden zu recherchieren, die Umsetzung innovativer Finanzierungsinstrumente (z.B. Flugticketabgabe, Finanztransaktionssteuer) zu prüfen und einen Stufenplan auszuarbeiten. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe war mager und wurde nicht veröffentlicht als deutlich wurde, dass nur zusätzliche Budgetmittel den wegfallenden Löwenanteil der österreichischen ODA („Official Development Assistance“) ausgleichen

können. Die aktuelle Regierung hat es bisher nicht einmal zu einer Arbeitsgruppe gebracht, von einem Stufenplan gar nicht zu reden.

Das gängigste Argument, warum keinerlei Steigerungen für Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern möglich sei (bzw. – vereinzelt – warum sie gleich ganz eingespart werden solle), beruft sich auf die Wirtschaftskrise und die immensen Herausforderungen, die auf die Staatshaushalte zukommen. Warum allerdings lässt sich dann die Republik Österreich auf Bankenrettungspakete ein, die z.B. der Volksbanken AG ermöglichen, für negative Geschäftsjahre keine Zinsen für die staatlichen Kredite zu zahlen?³⁾ 93 Mio. EUR könnte die Republik allein durch diesen schlechten Vertrag verlieren. Dieser Betrag entspricht in etwa der von NGOs geforderten Verdoppelung der Mittel für konkrete Projekte, die helfen würden, die schlimmsten Folgen der Wirtschafts- und Klimakrise in den ärmsten Ländern abzufedern. Haushalte, die bis zu 80% ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden müssen, haben keinen Spielraum für Einkommensverluste oder Preissteigerungen. Dementsprechend schlecht sind die Prognosen. Die OECD hat in ihrem Wirtschaftsausblick festgestellt, dass höchstens fünf afrikanische Staaten das erste der Millenniumsentwicklungsziele („Halbierung der Armut“) erreichen werden. Der Einbruch bei Exportgütern könnte zu weiteren Hungerrevolten führen. Mädchen sind die ersten, die für weniger Mittel mit dem Verlust ihrer Bildungschancen bezahlen. All dies bedeutet menschliches

Leid – und als Folge davon Krisen und Instabilität. Mehr Solidarität wird daher benötigt, und nicht weniger. Verantwortungsvoll vorausplanende Politik muss dies bedenken, und die zunehmende Relevanz von Entwicklungspolitik in einer beständig zusammen wachsenden Welt der Bevölkerung auch gezielt kommunizieren – und im Budget umsetzen.

Das Parlament hat hier eine besonders wichtige Aufgabe, will es nicht nur Erfüllungsgehilfe der jeweiligen Regierung, sondern tatsächlich Kontrollinstrument und allfällig notwendiges Korrektiv im Sinne der Qualität der getroffenen Entscheidungen sein. Nach dem Budget ist daher vor dem Budget – weitere wichtige Weichenstellungen stehen an.

¹OECD DAC Peer Review of Austria: "OECD's review of Austria's development co-operation" http://www.oecd.org/document/44/0,3343,en_2649_34487_42861484_1_1_1_1,00.html

²CONCORD Aid Watch Report 2009: „Lighten the Load – In a time of crisis, European aid has never been more important“. Download: http://www.globaleverantwortung.at/images/dokul/aidwatch-report-2009_light.pdf

³Die Presse, 29.5.09

Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit

Veranstaltung im Budgetsaal des Österreichischen Parlaments am 24. Juni 2009

Im Fokus der Veranstaltung stand die Rolle der Parlamente im Norden und Süden in Bezug auf die Umsetzung der Ziele der **Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit**. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass im Zusammenhang mit der Erklärung die Eigenverantwortung der Partnerländer ein wesentlicher Aspekt des Erfolgs ist. Diese kann jedoch nicht stattfinden, wenn der Parlamentarismus und die Kontrollfunktion der Parlamente ausgeklammert werden. **Junge Demokratien müssen in der Ent-**

wicklung entsprechender Institutionen und Strukturen unterstützt werden.

Marina Ponti, Direktorin der UN-Millenniums-Kampagne für Europa, unterstrich die Wichtigkeit der MDGs und der Entwicklungszusammenarbeit gerade in Zeiten der globalen Krise. EZA sollte nicht als Wohltätigkeit gesehen werden, sondern als Investition in die gemeinsame Zukunft aller Menschen aller Länder. Die Pariser Erklärung markiert einen Paradigmenwechsel, durch den Regierungen im Norden und Süden rechenschaftspflichtig gemacht werden,

und Parlamente sollten jene Institutionen sein, die Kontrolle in Bezug auf die Einhaltung von Abkommen und auf den Einsatz von Ressourcen ausüben.

Brendan Howlin, stellvertretender Präsident des irischen Repräsentantenhauses und AWEPA Vizepräsident, verlangte, dass Parlamente ihre Rolle im Hinblick auf eine effektive und nachhaltige EZA vermehrt einfordern. Die Pariser Erklärung im Jahr 2005 wurde nur von Regierungen und NGOs unterzeichnet, Parlamente wurden systematisch ausgeschlossen. ParlamentarierInnen als ge-





TeilnehmerInnen und VertreterInnen der österreichischen Parlamentsparteien diskutieren und referieren im Rahmen der Veranstaltung.

Fotos:
Sebastian Reich/HBF

wählte RepräsentantInnen der Bevölkerung sind jedoch diejenigen, die für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit lobbyieren können. **Der effektive Gebrauch von Leistungen der EZA kann durch Kooperation von Parlamenten der Geber- und Partnerländer verbessert werden.** In vielen Partnerländern fehlt den Parlamenten jedoch die Kapazität und Autorität, um ihre Rolle ausüben zu können, und deshalb müsse hier seitens der Gebergemeinschaft Unterstützung angeboten werden.

Die Vorsitzende des Budgetausschusses des mosambikanischen Parlaments, Abgeordnete Virginia Videira, verwies auf verschiedene Modalitäten, die die Effektivität der EZA in Mosambik gewährleisten, beispielsweise halbjährliche Monitoringberichte oder Arbeitsgruppen, die sich kontinuierlich mit verschiedenen Aspekten von Wirksamkeit in der EZA befassen. Als weitere Konsequenzen der Veränderungen seit der Pariser Erklärung haben sich die Geber zu einer **Gruppe von derzeit 19 Institutionen und Ländern**, darunter auch Österreich, zusammengeschlossen (G19) und verhandeln nun nicht mehr in einzelnen Missionen sondern als eine Einheit, was Abläufe vereinfacht und verkürzt hat. Zudem sind die Direkte Budgethilfe und die Sektorbudgethilfe innerhalb der gesamten EZA-Leistungen von 32% im Jahr 2005 auf 36% im Jahr 2008 angestiegen. Es gibt jedoch einige Anhaltspunkte für Verbesserungen, beispielsweise die Aufhebung paralleler Konditionalitäten einzelner Geber oder die Implementierung von Evaluationsresultaten im Sinne der Erhöhung der Effektivität. **Das Parlament hat auch in Mosambik**

bislang nicht die vollen Kompetenzen das EZA-Budget zu kontrollieren und Einfluss auf seine Verwendung zu nehmen, die laut Videira wünschenswert wären. Derzeit erhält das Parlament lediglich Informationen über 62% der empfangenen EZA-Leistungen.

Direkte Budgethilfe wird in den letzten Jahren als Instrument zur Gewährleistung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit zunehmend propagiert. Auch die österreichische EZA setzt dieses Instrument seit 2005 in den vier **Schwerpunktländern Nicaragua, Mosambik, Uganda und Kap Verde** verstärkt ein. Laura Leyser von der Austrian Development Agency, ADA, beschrieb den Fokus der österreichischen Budgethilfe in der Unterstützung der Umsetzung nationaler Strategien und Maßnahmen der Armutsbekämpfung. **Die Erhöhung der Eigenverantwortung der Partnerländer sei ein Schlüssel zu einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit.** Durch Direkte Budgethilfe werden sowohl die Geber- als auch die Partnerländer zur Rechenschaft gezogen, die Anpassung an Partnerländer ist gegeben, es werden keine Parallelstrukturen aufgebaut, die Geberländer koordinieren sich verstärkt, und es werden die Transparenz und Vorhersehbarkeit erhöht. Budgethilfe soll jedoch immer in Begleitung mit anderen Maßnahmen erfolgen um somit einen ausgewogenen Modalitätenmix zu erreichen.

Es müssen zudem stabile politische Rahmenbedingungen, makroökonomische Stabilität, ein mittelfristiges Investitionsprogramm und ein effektives Finanzmanagement gegeben sein.

Karin Küblböck von der Österreichischen Forschungstiftung für Internationale Entwicklung, ÖFSE, erläuterte den Unterschied zwischen Aid Effectiveness und Development Effectiveness. Letztere bezieht sich auf den sozialen, ökonomischen und politischen Wandel und auf alle Institutionen und umfasst u. a. auch private Kapitalflüsse, sowie internationale Handelsregime und Machtstrukturen. **Um einen nachhaltigen Entwicklungsprozess zu initiieren braucht es auch eine Veränderung der Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene, beispielsweise der Finanzordnung oder des Investitionsregimes. Diese Aspekte könnten Parlamente beeinflussen.**

Laut Ulrich Golaszinski von der Friedrich Ebert Stiftung wird Budgethilfe sehr normativ abgehandelt und sie hat den Beinahe-Status eines unanfechtbaren Paradigmas. Er wies darauf hin, dass einerseits die Kontrollmechanismen äußerst kompliziert sind, und andererseits die Annahme der Good Governance in Bezug auf die Budgethilfe nicht automatisch vorausgesetzt werden könnte. Budgethilfe gehe nicht nur an perfekte Demokratien. In vielen Ländern sind die entsprechenden Strukturen noch nicht ausgereift, dennoch wird von den Gebern oft nicht nachgefragt, wie die Verfasstheit der jeweiligen Empfängerstaaten im Detail aussieht. Im Unterschied zu Projekten, bei denen eine Implementierung relativ unabhängig von den Abläufen in einem Staat stattfinden kann, wird man durch Budgethilfe Teil eines gesamten Systems und nimmt somit auch dessen schlechte Seiten in Kauf. Eine offene und ehr-

liche Gesprächskultur könnte in dieser Hinsicht viel bewirken. **Der politische Dialog dürfe aber nicht nur zwischen Bürokraten stattfinden, deren Rechenschaftspflicht den Gebern gegenüber höher ist als gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern müsse von ParlamentarierInnen übernommen werden.**

Die schwache Stellung von Parlamenten, die vorgelegten Budgets häufig nur zustimmen, hängt u. a. auch mit fehlenden Kapazitäten zusammen. AWEPA stärkt die Kapazitäten von ParlamentarierInnen, damit sie ihre Funktionen effektiv ausführen können. Jeff Balch erläuterte die Anstrengungen, die AWEPA in dieser Hinsicht unternimmt. AWEPA versucht, die ParlamentarierInnen mit der Pariser Erklärung und vor allem mit der Accra Agenda for Action (AAA) vertraut zu machen, und ihre jeweiligen Aufgaben näher zu bringen. Es ist jedoch unumstritten, dass Parlamente finanzielle und politische Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft brauchen, um ihrer Verantwortung nachkommen zu können. **Je mehr Budgethilfe desto dringender ist parlamentarische Kontrolle.**

Der SPÖ Budget- und Finanzsprecher Kai Jan Krainer bezeichnete die Eigenschaft von Parlamenten, Debatten öffentlich und somit nachvollziehbar zu machen, als wesentlich in Bezug auf die Steigerung der Transparenz einzelner Politik- und Gesellschaftsbereiche. Durch das neue Bundeshaushaltsrecht könne man eine deutlich stärkere Wirkungsorientierung – im Gegensatz zu einer Inputorientierung – erreichen. Es ist auch eine Aufgabe des Parlaments, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Entwicklungszusammenarbeit näher zu bringen und seine EZA-Partner mit Know-how zu unterstützen.

Der Abgeordnete Peter Sonnberger von der ÖVP sah es als notwendig an, Parlamente stärker in die EZA einzubinden. Innerhalb der OEZA ist das Nichterreichen des 0,51% Ziels bedauernd, allerdings erhofft sich Sonnberger zusätzliche Mittel für NGOs durch die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden. Erwähnt wurde auch der OECD-Bericht über die ADA, der grundsätzlich positiv ausgefallen sei, der aber auch eine Anhebung der Mittel für die EZA und eine stärkere Ergebnisorientierung verlangt.

Judith Schwentner von den Grünen zeigte sich erfreut über den Dialog mit den ParlamentarierInnen aus Mosambik, bedauerte aber, dass Österreich die angestrebten Ziele in Bezug auf finanzielle Ressourcen für die EZA nicht erreichen werde. **Es sei auch in Krisenzeiten wichtig, die Mittel und Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.** Durch eine Kooperation von Parlamenten kann ein Dialog stattfinden, in dem Kontrolle und Transparenz weiterentwickelt würden.

Für den BZÖ Abgeordneten Robert Lugar besteht Handlungsbedarf, denn es gibt globale Probleme, die überall spürbar sind und es ist wichtig, dass Österreich seinen Beitrag leistet. In Zeiten der Krise und wenn Mittel knapp sind, ist es von besonderer Bedeutung, dass die vorhandenen Ressourcen effektiv eingesetzt würden. Parlamente können in diesem Zusammenhang wertvolle Inputs liefern, die die Zweckmäßigkeit und Wirkung von einzelnen Maßnahmen und Projekten der EZA abwägen.

Wahlen in Mosambik – die Sichtweise eines Abgeordneten

Beitrag von Abel Mabunda, Abgeordneter des mosambikanischen Parlaments

Abel Gabriel Mabunda
PCN, National Convention Party
Seit 2000 im mosambikanischen
Parlament vertreten

I entered Parliament as a member of “Partido de Convenção Nacional”, that is, National Convention Party, which in 1998, together with other nine other small parties, constituted a coalition with RENAMO, the main opposition party. I decided to be one of the founders of the party because I thought that

I would influence various citizens into embracing democratic values and help in developing my country. It is worth saying that from 1975 to 1990 Mozambique was a State ruled by a single party, which banned the existence of other parties.

I was born in Tete province, which is my constituency. I live in the capital city of Maputo since 1977, having been detained in October 1975 in the town of Beira when I was in transit from abroad

and brought (exiled) to this city of Maputo by the security branch for control. Mozambique is divided into eleven constituencies, that is ten provinces and the capital city.

I am contesting for the third time. In this and previous mandates I was elected the rapporteur of the Planning and Budget Committee, that covers the areas of planning and budget; financial, monetary, fiscal and customs policies; banking, lending and insurance activi-

ties; and oversight of State departments and public companies. The rapporteur performs the duties of the vice-chairperson of similar committees in the Westminster Parliament system. In both mandates I was a member of the Ad-hoc Committee for the Revision of the Electoral Law, of the NEPAD Contact Group, of the Parliamentarian Network on the World Bank, as well as of SADCOPAC (Southern African Development Community Organization of Public Accounts Committees). My greatest personal success was to influence the country to adopt many reforms of the public sector in the areas of our committee functions, including the registry, for the first time ever, of State assets in the national accounts.

My election campaign will start on September 15. The dominating topics will be:

- fight corruption and exclusion
- create more jobs and wealth
- bring better and more education and health and
- prioritize women and the youth.

My campaign is normally door to door, because I lack funds and transport to organize big rallies; on the other hand,



Abgeordneter Abel Mabunda mit WählerInnen in seinem Wahlkreis.

Foto: Abel Mabunda

people like to be visited and showed respect. I face various difficulties during the campaigns, namely lack of pamphlets, manifesto samples, transport to cover the 13 thirteen districts, which are far from one another and cover big areas, many voters ask for money and other social support. My campaign is funded by public funds (about USD 2.000 for the whole province), some symbolic support from local businessmen and my own contributions. My expectations are that the opposition gains more seats in

parliament than in the previous three legislative elections, where for the period 2000 to 2005 it reached the maximum of 117 seats out of 250. Secondly I expect that the country attains quickly the Millennium Development Goals.

Von Seiten des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs wurde auch um eine Stellungnahme der Regierungspartei FRELIMO, von Frau Abgeordneter Ana Rita Sithole, gebeten, die jedoch bis Redaktionsschluss nicht eingetroffen ist.

Delegationsreise des entwicklungspolitischen Unterausschusses nach Bhutan

Beitrag von Martin Wasserer, EU- und Internationaler Dienst des österreichischen Parlaments

Besuch der entwicklungspolitischen SprecherInnen in Bhutan

Vom 17. bis 23. August 2009 besuchten die entwicklungspolitischen SprecherInnen der Parlamentsparteien das Königreich Bhutan, um sich ein Bild von der österreichischen Entwicklungszusammen-

arbeit (OEZA) mit diesem Land zu machen. Bhutan, am Südhang des Himalajas zwischen den mächtigen Nachbarn Indien und China gelegen, ist etwa halb so groß wie Österreich und zählt ca. 700.000 Einwohner. Es hat erst in den letzten Jahren den Wandel von einer absoluten zu einer konstitutionellen

Monarchie vollzogen. Bhutan ist das einzige noch verbliebene buddhistische Königreich im Himalaja. Seit Anfang der 1980er-Jahre engagiert sich Österreich in Bhutan: zuerst wurden Stipendien an bhutanische StudentInnen vergeben und österreichische Fachleute nach Bhutan entsandt, heute werden

vor allem Projekte in den Bereichen Energiewirtschaft, Tourismus und Governance verwirklicht.

Der erste Teil des Aufenthalts von Petra Bayr (SPÖ), Franz Glaser (ÖVP), Johannes Hübner (FPÖ), Gerhard Huber (BZÖ) und Judith Schwentner (Grüne) war offiziellen Gesprächsterminen in der Hauptstadt Thimphu beim Premierminister, dem Präsidenten der Nationalversammlung, dem Außenminister, dem Oppositionsführer, diversen Ausschussvorsitzenden und weiteren hochrangigen VertreterInnen aus Regierung, Umweltschutz und Medien gewidmet. Im Vordergrund stand die konkrete Entwicklungszusammenarbeit der beiden Länder, aber auch Themen wie Bhutans Außenbeziehungen, die Auswirkungen des Klimawandels, die wirtschaftliche Entwicklung oder die kulturelle und ethnische Vielfalt des Landes wurden erörtert. Auch die Problematik der etwa 100.000 noch immer in Nepal in Lagern des UNHCR lebenden Flüchtlinge aus Bhutan – zu Beginn der 1990er-Jahre wurden angeblich illegale nepalesischstämmige Einwanderer ausgewiesen, es kam zu Übergriffen von Behörden und Sicherheitskräften – wurde behandelt. Besonderes Interesse zeigten die Gäste am Hauptziel der bhutanischen Politik, der „Gross National Happiness“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Überzeugung, dass eine rein auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtete Entwicklung den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entspricht; es muss ebenso auf den Erhalt der kulturellen Identität und den

Schutz der natürlichen Umwelt Bedacht genommen werden.

Zur Stärkung der jungen Demokratie unterbreitete Delegationsleiterin Petra Bayr dem Präsidenten der Nationalversammlung das Angebot, zwei MandatarInnen im Rahmen des Projekts „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ ein mehrtägiges Training im österreichischen Parlament zu ermöglichen. Das Angebot wurde dankend angenommen.

Nach offiziellen Gesprächen standen Besichtigungen von EZA Projekten auf dem Programm. Österreich unterstützt Bhutan bei der Konzeption und der Umsetzung eines ökologisch und sozial verträglichen sanften Tourismus, etwa durch den Aufbau eines „Hotel & Tourism Management Training Institute“ in Thimphu.

Neben dem Tourismus erhofft sich Bhutan vor allem aus dem Ausbau der Wasserkraft wirtschaftliche Impulse. Österreich ist hier ein gefragter Partner. Indische Konsortien verwirklichen große Wasserkraftprojekte in Bhutan, doch ist der daraus gewonnene Strom für den Export bestimmt. Hingegen deckt das 2005 mit maßgeblicher Beteiligung der OEZA fertig gestellte Wasserkraftwerk Basochhu rund 40 Prozent des Binnenbedarfs. Basochhu wird heute selbständig durch heimische Fachkräfte betrieben. Ein weiteres Kraftwerk, Dagachhu, soll in rund vierjähriger Bauzeit errichtet werden.

Welche konkreten Auswirkungen die Elektrifizierung auf die Bevölkerung hat, wurde bei der Besichtigung der Dörfer Dagala (mit Strom) und Nobding (noch ohne Strom) anschaulich. Die Anbindung an des Stromnetz brachte Dagala eindeutige Vorteile: Der Holzeinschlag konnte eingebremst werden, Arbeitszeit – etwa beim Kochen – kann effektiver genutzt werden, in der Dorfschule werden die Kinder an Computern unterrichtet.

In Trongsa (Zentralbhutan) waren österreichische Fachleute an der Renovierung des Trongsa Dzong, einer imposanten Klosterburg aus dem 17. Jahrhundert, und des Ta Dzong, eines oberhalb des Dzongs befindlichen Wachturms, beteiligt. Bhutan alleine wäre nicht dazu imstande gewesen, Teile der Bauwerke drohten in die Tiefe zu stürzen. Im Ta Dzong wurde ein bedeutendes Museum, das sich der Religionsgeschichte und der Geschichte der Monarchie widmet, eingerichtet.

Insgesamt erhielten die Abgeordneten einen umfassenden Einblick in die OEZA mit Bhutan. Von allen GesprächspartnerInnen wurde die Arbeit der Austrian Development Agency, die mit einem eigenen Koordinationsbüro in Thimphu vertreten ist, ausdrücklich gelobt. So leistet Österreich einen kleinen, aber nicht unwesentlichen Beitrag zum „Brutto-National-Glück“ der BhutanerInnen.

Abb. links außen:
Österreichische
Technologie in
Wasserkraftprojekten in Bhutan

Abb. links:
Die Kommission
für das „Brutto-
National-Glück“ der
bhutanesischen
Bevölkerung

Fotos:
NR Petra Bayr



FAIRTRADE®-Ausstellung im Parlament am 20. Mai 2009

Bereits zum zweiten Mal wurde im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs eine FAIRTRADE®-Ausstellung in der Säulenhalle des Parlamentes organisiert.

Unter dem FAIRTRADE®-Motto „Großes Tun mit einem kleinen Zeichen“ präsentierten FAIRTRADE®, das Teehaus Demmer, Tchibo Coffee Service, der Weltladen sowie die Südwind Buchwelt unterschiedliche fair erzeugte und gehandelte Produkte und kulinarische Köstlichkeiten.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnete vor Beginn der Plenarsitzung die Ausstellung mit einem „Fairen Frühstück“ des Weltcafés. Sie betonte dabei die Verantwortung, die PolitikerInnen dafür tragen, die Öffentlichkeit durch bewusstes Einkaufen und Thematisieren immer wieder auf die Vorteile von fair gehandelten Produkten aufmerksam zu machen. Die Präsidentin bezeichnete FAIRTRADE® als Erfolgsmodell für eine nachhaltige Entwicklung und beglückwünschte den Geschäftsführer und die MitarbeiterInnen zu stetig steigenden Umsätzen und einer immer größer werdenden Produktpalette, die neben Klassikern wie Kaffee oder Schokolade nun beispielsweise auch Kleidung aus FAIRTRADE® Baumwolle umfasst.

Der Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer unterstrich nochmals die Notwendigkeit, dass jede/r Einzelne/r einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten müsse und dies durch FAIRTRADE® auch kann. Die Veranstaltung ist ein solcher Beitrag zur Sensibilisierung und zur Information über den fairen Handel.

Hartwig Kirner, Geschäftsführer von FAIRTRADE® Österreich, wies darauf hin, dass sich ökonomischer Erfolg und soziale Nachhaltigkeit durchaus vertragen können – der Erfolg von FAIRTRADE® sei der Beweis dafür. Österreich gehört weltweit zu den fünf stärksten FAIRTRADE® Märkten. Insgesamt profitieren bereits mehr als 7,5 Millionen Menschen vom fairen Handel, der darauf abzielt, die Lebensbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Menschen in den Ländern des Südens zu verbessern.

Durch ein neues Projekt, den FAIRTRADE®-Code, wird diesen Menschen nun auch ein Gesicht gegeben, denn über den Code können auf der

FAIRTRADE®-Homepage die ProduzentInnen den einzelnen Erzeugnissen zugeordnet werden. In seiner Schlussbemerkung appellierte Kirner an die Abgeordneten, ihren Einfluss dafür zu nutzen, dass FAIRTRADE® in der öffentlichen Beschaffung forciert wird.

Die Ausstellung präsentierte den ganzen Tag über ihre Produkte und zahlreiche Abgeordnete und Regierungsmitglieder überzeugten sich von der Qualität und der Vielfalt von FAIRTRADE®-Erzeugnissen aus aller Welt.

www.fairtrade.at



Großes Tun mit einem kleinen Zeichen! Zahlreiche Abgeordnete überzeugten sich im Rahmen der FAIRTRADE®-Ausstellung von der Vielfalt und der Qualität unterschiedlichster fair erzeugter und gehandelter Produkte aus der ganzen Welt.

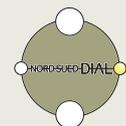


Wir danken unseren UnterstützerInnen!

Das Team des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs bedankt sich sehr herzlich bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und allen MitarbeiterInnen der einzelnen Abteilungen des Österreichischen Parlaments, die durch ihr Engagement und ihre Kompetenz eine reibungslose und erfolgreiche Durchführung des Trainings der zwei Mitarbeiter des mosambikanischen Parlaments unterstützt haben.

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien
Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.

